

NR. 40

MAI 2008

Die Polizei und ihre Version vom „sauberen“ Braunschweig

Zu dumm, um Nazis zu sein?

Am 2. Januar diesen Jahres überfielen in Kralenriede zwei Nazihools einen Mann aus Syrien. Unter rassistischen Parolen schlugen und traten sie auf ihn ein. Zwei Tage später wusste die Braunschweiger Zeitung zu berichten, unhinterfragt wie stets, dass die Polizei die beiden nicht der rechten Szene zuordne. Zwar hätten sie, so gibt die Polizei weiter an, schon mehrmals *„Ausländer verprügelt“* und sähen auch aus wie Nazis, doch es fehle ihnen *„ganz einfach das politische Verständnis“*, um richtige Nazis zu sein.

Seit wann, so fragen wir uns, muss man schlau sein, um als Nazi zu gelten? Muss man überhaupt irgend etwas dafür *wissen*? Ist es nicht vielmehr so, dass es immer die gleichen, einfachen *Glaubens*sätze sind - Volk, Vaterland und so -, die wir von Rechten immer wieder zu hören bekommen?

Das Antifaschistische Plenum und die Jugend Antifa Aktion (JAA) deckten dann kurze Zeit später auf, dass sich die Nazis durchaus selbst als solche einordneten, Fotos mit Hitlergruß und Hakenkreuz auf der Brust tauchten auf, Kontakte in Richtung Kameradschaften und NPD hatten bestanden usw., das volle Programm. Die Polizei räumte daraufhin – wieder über die BZ – ein, dass die Rechercheergebnisse im Wesentlichen richtig seien, mit anderen Worten: sie wussten vieles davon bereits. Die Art des Versuches, aus zwei Nazischlägern unpolitische Hooligans machen zu wollen, ist dabei typisch für die Braunschweiger Polizei. Es wird zunächst einfach alles Politische geleugnet, und wenn nötig, Stück für Stück zugegeben. Dabei fallen Polizeisprecher Grande immer wieder fantastische Gründe ein, warum es sich bei Nazis nicht um Nazis handeln kann, die einer ähnliche erdrückenden Logik folgen, wie der vom mangelnden IQ.



Impressum: Fight Back!, Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig
Erscheint regelmäßig in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Verteilung erfolgt kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Kneipen. Der Inhalt der einzelnen Artikel gibt nicht unbedingt die Meinung des gesamten Redaktionskollektivs wieder. Über den Abdruck von zugeschickten Artikeln, Terminen etc. entscheidet das Redaktionskollektiv.
Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten/die Adressatin Eigentum des Redaktionskollektivs. "Zur Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes an das Redaktionskollektiv der Fight Back! zurückzusenden.
V.i.S.d.P.: August Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig

Imagepflege für Braunschweig auf dem Rücken von Naziopfern

Zwei Beispiele seien genannt, die zugleich aufzeigen, welche Effekte solche maßgeschneiderten Ermittlungsergebnisse haben. Zunächst nach Wenden:

Im Mai 2003 schmierten Unbekannte an ein Haus in Wenden große Hakenkreuze. Sie wurden bei der Flucht gesehen, jedoch ergab sich für die Polizei genau daraus, dass es sich bei den Tätern nicht um Nazis gehandelt haben könne, da einer der Geflüchteten circa 1,95 Meter groß gewesen sein soll und das sei ungewöhnlich für Nazis. Kein Scherz, das war die Begründung. (s. Fight Back! Nr. 27) Und schon konnte Heidemarie Mundlos, die CDU-Stadtteilbürgermeisterin, hinauströten, es gäbe in Wenden auch gar keine Nazis und damit einen Effekt aufzeigen, den die Entpolitisierung von Naziaktivitäten durch die Ermittlungsbehörden mit sich bringt: das Image des Stadtteils, der Stadt wurde verteidigt. Wir können diesen Reflex vielfach in Deutschland beobachten, dass im Sinne einer gepflegten Außendarstellung so viel vertuscht wird, wie nur eben möglich. Darunter haben alle diejenigen zu leiden, die Angriffsziele von Faschisten sind und die sich mit den „nicht existierenden" Nazis herumschlagen müssen.

Das zweite Beispiel ist noch einmal eine Spur härter, weil die Polizei hierbei nicht nur vertuschte, dass eine Nazigruppe in der Innenstadt Leute zusammenschlug und bis zum Legen von Feuer ging, sondern auch noch versuchte diejenigen zu diskreditieren und vor Gericht zu zerren, die darüber berichteten (s. Fight Back! Nr. 34): Im Frühjahr 2006 war eine Nazigruppe in Braunschweig aktiv. Sie schmierten Parolen, überfielen vermummt alternativ aussehende Jugendliche in der Innenstadt, zündeten einen Kleinbus der Organisation Die Falken an und verübten einen Brandanschlag auf den Jugendtreff des DGB. Die Falken sammelten daraufhin Augenzeugenberichte Überfallener und veröffentlichten eine Reihe von Überfällen.

Die Polizei leugnete in der Presse nicht nur die Kenntnis von der Existenz der Nazigruppe, sie versuchte, einen Teil der Überfälle dem *„linken Spektrum"* anzuhängen. Die Nazis, so der Polizeisprecher, hätten nicht ausgesehen wie solche, sondern hätten bei den Überfällen Sturmhauben getragen - wieder ein eigentlich unglaubliches „Ermittlungsergebnis" . Ferner ermittelte die Polizei gegen die Falken wegen der „Vortäuschung von Straftaten", und behauptete, die Falken hätten sich die Überfälle ausgedacht, um eine *„Klima von Angst und Schrecken"* zu verbreiten. Der einzige Grund, den die Polizei für diese Verfolgung von Naziopfern angab war der, dass die Überfälle nicht alle angezeigt worden waren, aber wen wundert das, wenn man sich die typische Reaktion der Braunschweiger Polizei auf Naziüberfälle ansieht?

Dass die Polizei die Nazigruppe kannte, die die Überfälle verübten, gab sie ein halbes Jahr zuvor bekannt: In einem Artikel der BZ vom 04. Mai 2005 stand, dass ihr eine Gruppe rechtsextremer „*junger Männer*“ „*weitestgehend bekannt*“ sei, die „*Auseinandersetzungen*“ suche. Zwei Nazis aus dieser Gruppe wurden später im Zusammenhang mit anderen Straftaten gefasst. Sie gaben den Brandanschlag auf den DGB-Jugendtreff zu, und wurden dafür angeklagt. Das Gericht folgte bereitwillig der Auffassung der Polizei, dass der Anschlag „*nicht politisch*“ motiviert gewesen sei und die Täter kamen dementsprechend milde davon. Dass die beiden zum Kameradschaftsspektrum gehörten, inklusive Auftritten bei Nazidemos und Kontakt zur NPD, spielte dabei keine Rolle.

Sowas kommt von sowas

In ihren Verlautbarungen und ihrem Vorgehen verfolgt die Braunschweiger Polizei die klare Linie, jeden Auftritt von Faschisten zu vertuschen oder zu entpolitisieren. Das dient der Imagepflege der Stadt Braunschweig, die so auf dem Rücken der Opfer von Naziüberfällen stattfindet. Statt dessen werden diejenigen zu Verbreitern von „Angst und Schrecken“ erklärt, die von Überfällen berichten und mitunter sogar dafür verfolgt. Zusätzlich kommt es den Nazis zugute, deren Taten vor Gericht und in der Öffentlichkeit als „unpolitisch“ und „durch Alkoholkonsum motiviert“ dargestellt werden. Welche Wirkung diese durchgehende Falschdarstellungen, die Vertuschungen und Verdrehungen von Opfern und Tätern sowohl auf Nazis, wie auch auf diejenigen, die von diesen bedroht, geschlagen und sonstwie angegriffen werden, haben, mag sich jeder selbst ausmalen.

Aus dem durchgängigen Handlungsmuster der Polizei ergibt sich, wie wichtig antifaschistische Arbeit ist. Der Fall des zuletzt aus rassistischen Gründen überfallenen türkischen Jugendlichen zeigt auf, dass diese Arbeit Wirkung zeigen kann: Versuchte die Polizei noch im Januar, einen Naziüberfall als unpolitische Schlägerei hinzustellen, bezeichnete sie nun den „*fremdenfeindlichen Hintergrund*“ als „*eindeutig*“ (neue braunschweiger vom 13. März 2008). Wie lange diese Ehrlichkeit der Polizei bei der politischen Einordnung anhält, wird sich zeigen, einen Effekt hat die antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit jedenfalls gehabt. Wir raten daher allen, die etwas von Naziaktivitäten mitbekommen, oder Opfer von Nazis wurden, sich an antifaschistische Gruppen zu wenden. Diese können dafür sorgen, dass die Polizei mit ihrer übliche Strategie des Vertuschens und Entpolitisierens nicht durchkommt.



Baskenland: Ausnahmezustand mitten in Europa

Die baskische Linke zwischen Repression und Revolte

Vor den spanischen Parlamentswahlen am 9. März zog eine heftige Repressionswelle über die Linke im Baskenland. Bereits Anfang Oktober 2007 wurden auf Anordnung des spanischen Untersuchungsrichters Baltasar Garzón, vom Sondergericht für Terror- und Drogendelikte, 23 Mitglieder der baskischen Linken verhaftet. Es folgten weitere Festnahmen. Ziel der Massenverhaftung war der Vorstand der linken Partei Batasuna (Einheit), die 2003 mit der Begründung sie sei der politische Arm der bewaffneten ETA, in Spanien verboten wurde. Kurz vor den Wahlen erfolgte nun mit der Begründung das enge Kontakte zu Batasuna bestünden ein Verbotsverfahren gegen die Kommunistische Partei EHAK und die antifaschistische republikanisch-baskische Acción Nacionalista Vasca (ANV). Aber bereits vor den neuen Verboten war die Liste illegaler Organisationen und Medien lang: Parteien, Kommunale Wahlbündnisse, Jugendgruppen, Zeitschriften, Radios und Tageszeitungen wurden verboten. Der spanische Staat folgt einer Doppelstrategie: Einerseits Verhaftungswellen gegen die ETA und anderseits unzählige Verbotsverfahren gegen die gesamte baskische Linke. Kurz vor der Wahl sollten die politischen Gegner erneut kaltgestellt werden. Denn die spanische Regierung strebt ein Bündnis mit den baskischen Christdemokraten (PNV) an, um die Mehrheit im baskischen Parlament zu sichern. Deshalb versuchen sie aktuell alles, um die Linke zu illegalisieren.

Diese reagierte (trotz Verboten) mit zahlreichen Kundgebungen und Demonstrationen, einem Generalstreik der linken Gewerkschaft LAB und dem Aufruf zum Wahlboykott. Als Reaktion auf die Verbote und Verhaftungen kam es im ganzen Baskenland zu breiten Protesten und mehrfach zu militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Das Baskenland, ein Gebiet zwischen Spanien und Frankreich, an der Atlantikküste beiderseits der Pyrenäen, gehört trotz der Repression des spanischen Staates ohne Zweifel zu den Regionen Europas mit der aktivsten Linken. Die baskische Unabhängigkeitsbewegung wird in den kommenden Monaten weiter unter Druck geraten und der Konflikt im Baskenland wieder verstärkt öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Das alles ist für uns Grund genug, sich mit der dortigen Situation, der Unabhängigkeitsbewegung und der Linken zu beschäftigen.

Ein wenig Geschichte - „Unabhängigkeit und Sozialismus“

Diese zwei Worte haben die Linke geprägt wie keine anderen und ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des Baskenlandes. Während der Franco-Diktatur entwickelte sich in den 1950er Jahren die frühe ETA (Euskadi ta Askatasuna – Baskenland und Freiheit), um im Untergrund den Kampf gegen den spanischen Faschismus vorzubereiten. Gegen die Unterdrückung der baskischen Sprache und Kultur durch den spanischen Staat bauten sie zunächst mit kleinen Aktionen, wie Wandgemälden in baskischer Sprache und später als bewaffnete Gruppe, den Widerstand auf. Dabei lehnten sie die rassistischen und nationalistischen Positionen der christlichen Baskischen Nationalistischen Partei (PNV) ebenso wie die Vorstellungen eines gesamt spanischen Reiches des Franco-Regimes ab. Sie bezeichnete sich als *„revolutionär-baskische Bewegung zur nationalen Befreiung“* und versuchten die baskische Sprache und Kultur wieder zu beleben und den Kampf gegen die spanische Vorherrschaft aufzunehmen. Unter dem Aufkommen einer kämpferischen ArbeiterInnenbewegung in den 1960er Jahren veränderte die ETA ihre Positionen. Die vielen illegalen Streiks und Demonstrationen, die vor allem von ArbeitsmigrantInnen getragen wurden, brachten Arbeitskämpfe und Sozialismus auch bei der ETA auf die Tagesordnung. Anstelle eines baskischen Volkes, was sich über Kultur und Sprache definierte, erhielt verstärkt der Begriff des *„baskischen Arbeitsvolkes“* Einzug in die politischen Argumentationen. Um zu diesem *„baskischen Arbeitsvolk“* zu gehören waren nicht Abstammung oder Herkunft entscheidend, sondern allein die Tatsache im Baskenland zu leben und Widerstand gegen das spanische Herr-

Kommt zur Jugend Antifa Aktion (JAA)!



Aktiv werden gegen Nazis, Staat und Kapital!

Jeden Montag 19 Uhr - Antifaschistisches Café - Cyriaksring 55

schaftssystem zu leisten. Ab Anfang der 1970er Jahre bestand etwa die Hälfte der Bevölkerung des Baskenlandes aus MigrantInnen, überwiegend aus Spanien, was die Standpunkte der Unabhängigkeitsbewegung nachhaltig prägte.

Trotz der Veränderungen in den Positionen der ETA, hielt sie an dem Konzept der nationalen Befreiung fest.



Nach internen Diskussionen spaltete sich Mitte der 1960er Jahre die so genannte ETA-Berri aufgrund ihrer Kritik an den dominierenden nationalistischen Ansichten ab und orientierte sich künftig verstärkt an den Klassenkämpfen der ArbeiterInnenbewegung. Aber auch die verbliebene ETA nahm in Folge der Debatten den Sozialismus als Ziel des Kampfes in ihr Programm mit auf und organisierte in den folgenden Jahren zusammen mit Gewerkschaften illegale Streiks. Dies führte dazu, dass die eher traditionellen Kulturalisten die ETA verließen. Vereint waren die unterschiedlichen Strömungen dennoch im Kampf gegen das Franco-Regime und das Baskenland bildete bis zum Tod Francos 1975 eine entscheidende Bastion im Widerstand. Der durch Franco als sein Nachfolger aufgebaute Ministerpräsident Carrero Blanco wurde 1973 durch eins der spektakulärsten Attentate der ETA mit samt seiner Limousine 17 Meter in die Luft gesprengt. Der Anschlag beschleunigte das Ende des faschistischen Regimes. Der nahtlose Übergang Spaniens hin zu einer parlamentarischen Demokratie vollzog sich allerdings weitgehend ohne Bruch und bis heute hat es nur eine sehr begrenzte Auseinandersetzung mit der Geschichte gegeben. Viele der heutigen Politiker der spanischen Rechten bekennen sich als Franco-Anhänger und verehren offen das faschistische Regime.

„Herri Batasuna" und die baskische Linke

Der Widerstand im Baskenland wurde auch in Zeiten der formellen bürgerlichen Demokratie fortgesetzt. 1978 gründete sich die Partei Herri Batasuna (Volkseinheit) als Wahlbündnis aus Gruppen der Unabhängigkeitsbewegung, kommunistischer Gruppen und Frauen- und Jugendorganisatio-

nen. Ihr erklärtes Anliegen war, die Ziele der ETA – Freiheit und Sozialismus – auf politischem Wege zu erreichen. Im Wesentlichen orientierte sich Herri Batasuna an den Punkten die auch die ETA immer wieder als Grundlagen für die Verhandlungen mit dem spanischen Staat vorgeschlagen hat. Das sind: Vollständige Amnestie der politischen Gefangenen, volle demokratische Rechte, Verbesserungen für ArbeiterInnen, Rückzug aller Repressionskräfte aus dem spanischen Teil des Baskenlandes, sofortige Gemeindewahlen, Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung und Selbstregierung (Autonomiestatus), Einführung des Baskischen als öffentliche Sprache und eine demokratische Staatsverfassung.

Bei ihrer ersten Wahlbeteiligung 1979 erhielt Herri Batasuna auf Anhieb 170 000 Stimmen (13 %) in den autonomen baskischen Gemeinden. Bei der EU-Wahl 1987 sogar 270 000. Der Preis den Herri Batasuna und viele Menschen im Baskenland dafür zahlten war groß. Während der Regierungszeit der spanischen „Sozialisten" unter Felipe Gonzáles wurden 1985 und 1989 die beiden linken Politiker Santi Brouard und Felipe Muguruza von staatlichen Todesschwadronen ermordet. Schikanen, Drangsalierung und Übergriffe durch die Polizei waren für die ganze Bevölkerung an der Tagesordnung. Auch die politische und juristische Verfolgung von Herri Batasuna nahm zu, weil sie sich weigerte die Aktionen der ETA zu verurteilen, solange über die alltägliche Gewalt des spanischen Staates geschwiegen würde. Die Regierung unter José Maria Aznar (1996-2004) verstärkte die Repression gegen die baskische Linke. 1997 wurde der Parteivorstand von Herri Batasuna verhaftet und viele Büros geschlossen. 2003 erfolgte das Verbot von Herri Batasuna und anderen linken Gruppen aus der Unabhängigkeitsbewegung. Die Begründung war, dass sie die politische Basis der ETA seien. Im französischen Teil des Baskenlandes ist die Partei unter dem Namen Batasuna nach wie vor legal. Bei den vergangenen baskischen Kommunalwahlen im Mai 2007 traten viele Batasuna-Mitglieder, trotz Verbot ihrer Partei, als Kandidaten auf den Listen der Kommunistischen Partei EHAK an, die rund 15 % der Stimmen erhielt.

„Rock radical vasco" und linke Jugendbewegung

Bis Ende der 1970er Jahre wurde auf Veranstaltungen der baskischen Linken fast ausschließlich traditionelle Musik gespielt. Anfang der 1980er änderte sich dies mit der Punkgruppe *Kortatu* und anderen Bands, die den Begriff des *rock radikal vasco* für baskischsprachige Rock- und Punkmusik prägten. Ihre Texte waren eng an den Positionen von Herri Batasuna angelegt und boten vor allem Jugendlichen Identifikation mit der linken Unabhängigkeitsbewegung. Seit dem

gibt es eine ganze Reihe linker Punk- und Skabands, die auf baskisch oder auch spanisch, die militante Jugendbewegung im Baskenland begleiten. Auch wenn es oftmals eher Ausdruck eines Lebensgefühls oder einfache Identifikation ist, die die Leute zum *rock radical vasco* bringt, so spielt er doch eine wichtige Rolle für die Entstehung und den Erhalt von politischem Bewusstsein unter Jugendlichen im Baskenland. Neben dem öffentlichen und parlamentarischen Weg von Herri Batasuna und anderen Organisationen haben sich unter den Jugendlichen längst andere Formen des Kampfes verbreitet. Regelmäßig kommt es zu *kale borrokas* (Straßenschlachten) mit der Polizei und zu vielen kleineren militanten Aktionen gegen Banken, Zeitarbeitsfirmen und andere Institutionen. Ein Mitte Oktober letzten Jahres geplanter Aufmarsch der faschistischen Falange (einst Staatspartei Francos) im baskischen Donostia (San Sebastian), konnte nur vor den Toren der Stadt stattfinden, weil Tausende die Einfahrtstraßen blockierten und es in der ganzen Stadt zu heftigen Krawallen kam. Die radikale Jugendbewegung spielt im Baskenland eine wichtige Rolle und ist neben den anderen Parteien, Organisationen und der linken Gewerkschaft LAB ein zentraler Bestandteil des politischen Kampfes.



Verfolgung, Verhaftung und Widerstand

Als im Herbst letzten Jahres die erneute Verhaftungswelle gegen den Vorstand Batasunas einsetzte, gingen im Baskenland Zehntausende auf die Straße. Noch während der Verhaftungen strömten Menschen vor ihre Häuser und griffen vor Wut über die Polizei deren Wagen an. In den folgenden Tagen kam zu Kundgebungen, Demonstrationen und Krawallen. Der Friedensprozess über den die spanische PSOE-Regierung und ETA bis Mitte 2007 verhandelten, entpuppte sich als wenig glaubwürdig, nachdem die Repression gegen die Linke weiter zu nahm. In Spanien befinden sich aktuell über 700 Menschen aufgrund des baskischen Konflikts im Gefängnis, wovon heute ungefähr ein Drittel nicht mehr aus der ETA, sondern aus sozialen Bewegungen stammt. Regelmäßig kommt es zu Übergriffen und Folterung durch die Guardia Civil. Es wird geschätzt, dass seit Beginn der „Demokratisierung“ nach dem Tod Francos mehr als 7000 Menschen durch spanische Polizisten oder Geheimdienste gefoltert wurden.

Als Reaktion auf die anhaltende Verfolgung beendete die ETA ihre Waffenruhe im Juni 2007. Mit der derzeitigen Verbots- und Verhaftungswelle hat die spanische Regierung der Möglichkeit eines Dialogs vorerst vermutlich den Gar ausgemacht. Die ETA reagierte bereits mit Anschlägen. Wie sich der Konflikt in der nächsten Zeit entwickelt, ist schwer absehbar. Eine militärische „Lösung“ egal von welcher Seite scheint kaum möglich.

Sicher ist, dass die aktuelle Repressionswelle ein Ausmaß wie zu Zeiten Francos erreicht hat. Systematisch wird die baskische Linke verfolgt, weil sie sich weigert einseitig die Gewalt der ETA zu verurteilen, ohne dass die spanische Staatsgewalt ebenso angeprangert wird. Welche inhaltlichen Positionen sich innerhalb der linken Unabhängigkeitsbewegung zukünftig durchsetzten, ob die Frage der nationalen Eigenständigkeit des Baskenlandes überwiegt oder wieder verstärkt die sozialen Fragen an Bedeutung gewinnen und das derzeitige vage Bekenntnis zum Sozialismus mit Leben füllen, wird sich zeigen. Unabhängig davon wie man zur ETA und zu einzelnen Gruppen der baskischen Bewegung steht, sollte man nicht vergessen, dass der spanische Staat mit Unterstützung der rechten baskischen PNV, mit Repression, Folter und Mord gegen die Linke vorgeht und eine ganze Region in den dauerhaften Ausnahmezustand versetzt. Die kommenden Monate werden zeigen wie sich der Konflikt inmitten Europas entwikkeln wird. Eins ist aber klar, die baskische Linke kann jede interessierte Öffentlichkeit und Solidarität dringend gebrauchen!

In aller Kürze ...

Binali ist raus aus dem Knast!

Binali Yildirim, der während eines Spanienurlaubs im Sommer 2007 festgenommen wurde, ist zurück in Deutschland. Binali wurde in Spanien verhaftet, weil er in der Türkei als Kommunist verfolgt wurde und wegen angeblicher Guerillaaktionen per Haftbefehl gesucht wurde. Bis zu der Gerichtsverhandlung, bei der seine Auslieferung an die Türkei geprüft werden sollte, sollte er inhaftiert bleiben. Da er jedoch durch eine frühere Haftstrafe in der Türkei starke gesundheitliche Probleme hatte, beantragte sein Anwalt Haftverschonung. Nachdem die spanischen Behörden sich monatelang stur gestellt hatten, wurde dieser nach über acht Monaten stattgegeben und Binali nutzte die Gelegenheit, um wieder zurück nach Deutschland zu fliehen, wo er anerkannter Flüchtling ist.

Bad Lauterberg? Bad lauter Nazis!

Am 19.01. fand in der Kleinstadt Bad Lauterberg im westlichen Harz eine antifaschistische Demonstration statt, um auf die dort personell stark vertretene Naziszene aufmerksam zu machen (weitere Informationen dazu unter www.antifacafe.de.vu). Aus Braunschweig fuhr ein Bus in Richtung Harz. Zum Treffen mit den Göttinger Bussen auf halber Strecke gesellte sich ungebetenerweise die Polizei hinzu und kündigte an, die Personalien aller DemonstrationsteilnehmerInnen kontrollieren zu wollen. Dieser Plan konnte in Verhandlungen abgewendet werden, jedoch durchsuchten die Cops die Busse und beschlagnahmten eine Brotbox mit hartgekochten Eiern. Anschließend ging es weiter zur Demonstration, an der rund 800 Leute teilnahmen. Man ging die einzelnen Treffpunkte der Nazisszene ab, in Redebeiträgen wurde auf aktive Nazis, Verbindungen zwischen NPD und Kameradschaften und die Ignoranz der breiten Mehrheit eingegangen.

Bereits im Vorfeld der Aktion hatten die Lokalzeitung eindeutig Position bezogen und in mehreren Artikeln die antifaschistischte Demonstration in Zusammenhang mit möglicher Randale gebracht. Die Polizei verschaffte dann darauf aufbauend der Demonstration den Anschein von Gefährlichkeit, indem sie die ganze Veranstaltung mit doppelreihigem Spalier („Wanderkessel“) umgab. Die „gefährlichen Randalierer“ brachten die Demonstration dann aber trotz Polizeiprovokation an ihr Ziel.

Fazit: Kraftvolle Demonstration, Bullenprovokationen wie immer und die Gewissheit, dass in Bad Lauterberg noch jede Menge Engagement nötig sein wird.

In aller Kürze ...

Demo gegen Abschiebung in Hildesheim

Vor drei Jahren wurde die schwangere Gazale Salame auf Veranlassung der Hildesheimer Ausländerbehörde zusammen mit ihrer einjährigen Tochter in die Türkei abgeschoben, während ihr Mann die beiden älteren Töchter zur Schule brachte (Hintergrundinformationen findet ihr unter: www.papiere-fuer-alle.org/gazale-salame).

Am 9. Februar 2008 zogen nun ca. 300 DemonstrantInnen durch die Hildesheimer Innenstadt, um das Schicksal der Familie nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Die DemonstrationsteilnehmerInnen setzten sich bunt zusammen aus Antifa-AktivistInnen, Mitgliedern verschiedener Kirchenkreise, Familien mit Kinderwagen und fahnenschwenkenden Parteimitgliedern der Linken und Grünen. Dementsprechend „unkritisch" bis heuchlerisch waren auch die Redebeiträge am Auftaktkundgebungsort - ging es doch meist nur um das Einzelschicksal der Familie, kaum aber um die rassistische Flüchtlingspolitik der BRD, die tagtäglich solche „Einzelschicksale" hervorbringt.

Um diesen Zusammenhang herzustellen gab es auf der anschließenden Demonstration einen ANTIRASSISTISCHEN BLOCK, an dem sich auch die Jugend Antifa Aktion (JAA) beteiligte. Mit Transparenten, Sprechchören und Flyern, die an PassantInnen verteilt wurden, wurde hier nicht nur die Rückkehr von Gazale Salame gefordert, sondern offene Grenzen und Bleiberecht für alle!



Naziterror in Russland

Wer bisher dachte, dass es in Russland und anderen osteuropäischen Ländern aufgrund der Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus keine Nazis gäbe, wurde in den letzten Jahren eines besseren belehrt. Längst sind die ehemaligen Ostblock-Staaten Schauplätze heftiger Naziübergriffe und zahlreicher faschistischer Morde. Vielerorts herrscht eine regelrechte Pogromstimmung und immer wieder werden MigrantInnen, linke Skins und andere AntifaschistInnen oder Menschen, die einfach von der Norm abweichen, Opfer der Faschisten.

Am 16. März wurde eine Gruppe junger Punks und AntifaschistInnen auf dem Weg zu einem Konzert im Club "Art Garbage" im Zentrum Moskaus von Nazis angegriffen. Der 21-jährige Aleksej Krilov stirbt noch vor Ort. Auf ihn ist mehr als 30 mal eingestochen worden. Der gezielte Angriff auf ihn und weitere Jugendliche wurde zuvor in einem Internetforum offen geplant. Die Gewalt der Faschisten in Russland wird immer offener und brutaler. Allein im Februar diesen Jahres wurden mindesten 7 Menschen von Nazis ermordet. Seit Anfang des Jahres 2008 sind gezählte 37 Menschen in Folge faschistischer Überfälle verstorben, zweidrittel davon in der russischen Hauptstadt. Dazu kommen unzählige Verletzte. Die moskauer Nichtregierungsorganisation „SOVA", welche Vorfälle mit rechtem Hintergrund dokumentiert, zählte für die Zeit zwischen Januar und Oktober 2007 insgesamt 436 faschistische Angriffe, 49 Menschen kostete der Naziterror das Leben.



Was derzeit in Russland passiert, lässt sich nicht mal mit den rassistischen Pogromen und Übergriffen Anfang der 90er Jahre in der BRD vergleichen. Wer in Russland nicht in das Weltbild der Nazi-Skins, rechten Schläger und Hooligans passt, muss mit dem Schlimmsten rechnen. Besonders die Region Moskau und St. Petersburg sind davon betroffen, da hier die meisten der etwa 70.000 (!)

rechten „Skinheads“ konzentriert sind. Dazu kommen vermutlich zahlreiche andere, denn auch in Russland findet längst eine Abwendung vom Skin-Look statt. Nazimarken wie Thor-Steinar und andere auf sportlich und schick getrimmte Klamotten lösen die übliche Erscheinung ab. Mit Thor-Steinar ist es der russischen Nazi-Szene sogar gelungen bis weit in die Hip-Hop-Subkultur vorzudringen, sich dort breit zu machen und ihre Akzeptanz zu steigern.

Seit einiger Zeit ist auch der Staat von der Vielzahl rassistischer und nationalistischer Übergriffe hellhörig geworden. Doch die Gewalt geht unvermindert weiter und auch die breite Öffentlichkeit wirkt nicht besonders schockiert. Auch wenn in z.B. Gegenden wie dem südöstlichen Teil Moskaus, wo viele der Übergriffen stattfanden, die Patrouillen der Polizei verstärkt werden, kommt es regelmäßig zu Angriffen. Obwohl es zu ersten gerichtlichen Verurteilungen der Täter kam, wollen die Behörden in den meisten Fällen nichts von einem politischen Hintergrund wissen.

In einer Sondersitzung der Stadt, einberufen durch den stellvertretenden Moskauer Bürgermeister, nahmen neben dem Leiter der Polizei Wladimir Pronin insgesamt 92 Vertreter der in der Stadt ansässigen Minderheiten teilnahmen. Pronin erklärte, dass es bisher keinen Anlass zur Beunruhigung gäbe, und von einer „organisierten Bewegung“ nicht gesprochen werden kann, weil die Polizei keine Verbindungen zwischen den Tätern erkenne. So verwundert es auch nicht, dass die Behörden statt von einem rechten Hintergrund in der Regel von „Hooliganismus“ sprechen. Der Leiter der Polizei zeichnete ein altbekanntes Bild von perspektivlosen Jugendlichen, die sauer über den Zuzug vieler „Ausländer“ seien und an diesen ihre Wut ablassen (vgl: Jungle World 10/2008). Generell scheint die Meinung, dass die MigrantInnen selber schuld seien, weit über die Nazikreise hinaus verbreitet. Dass der Staat entsprechende Maßnahmen ergreifen solle, sehen auch 60 % der Bevölkerung so. Aller-



dings ist damit kein konsequentes Vorgehen gegen die faschistischen Gruppen gemeint, sondern ein Großteil möchte, dass die Zuwanderung weiter beschränkt wird. Eine rasstische Grundstimmung, die gerade durch die meisten russischen Medien bestärkt wird, die ein durchweg abwertendes und diskriminierendes Bild von MirgantInnen zeichnen. Ein grassierender staatlicher Nationalismus heizt die Gewalt zusätzlich an.

Aber auch in Russland organisieren sich viele der Betroffenen, vor allem aus der Punk- und Hardcore-Szene, in antifaschistischen Gruppen, um sich dem Naziterror entgegenzustellen. Auf Hilfe von Staat und Polizei können sie dabei nicht bauen, sondern müssen oftmals durch physische Auseinandersetzungen und wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit, die Faschisten zurückdrängen, was in Russland eine lebensgefährliche Aufgabe ist.



Antifaschistisches Café

Jeden Freitag ab 20 Uhr
Cyriaksring 55 - 38118 Braunschweig
www.antifacafe.de.vu

Antifaschistische Aktionen, Informationen, Diskussionen, Veranstaltungen, Filme, Flugblätter, Zeitschriften, Bücher, Plakate Aufkleber, T-Shirts, Anstecker, Aufnäher ...



Film: Globaler Kampf - 1. Mai international
Mit zahlreichen Bildern und kleinen Filmausschnitten gibt es einen Einblick in die weltweiten Proteste und teilweise militanten Auseinandersetzungen am 1. Mai. Rund um den Globus gehen Menschen auf die Straße, um für ein besseres Leben zu kämpfen. Weit über die traditionellen Gewerkschaftsveranstaltungen hinaus, führt uns der Schnipsel-Film zum 1. Mai in die Türkei, USA, Lateinamerika, Asien, BRD und andere Teile der Welt.
Freitag - 25. April 2008 - 20 Uhr
Antifaschistisches Café - Cyriaksring 55

Heraus zum 1. Mai 2008
GLOBAL KÄMPFEN STATT NATIONAL VERZICHTEN!
10:30 Uhr - Burgplatz

Film: „Es geht nicht nur um unsere Haut“ (BRD, 2007, 81 min.)
Ein Film über den Streik beim Bosch-Siemens-Hausgerätewerk in Berlin. Am 6. September 2006 kommt die Belegschaft des Werks in Berlin-Spandau zu einer Betriebsversammlung zusammen, die 16 Tage dauern wird. Die Konzernleitung hatte angekündigt, das Spandauer Werk zum Jahresende zu schließen. Die Betriebsversammlung ist der Auftakt zu einer Reihe von Aktionen. In Interviews und Diskussion wird die Stimmung während des Streiks wiedergegeben und deutlich, dass längst nicht alle ArbeiterInnen mit der Rolle der Gewerkschaft zufrieden sind.
Freitag - 09. Mai 2008 - 20 Uhr
Antifaschistisches Café - Cyriaksring 55

Film: China Blue (Dokumentation, 2005)
In China gehen Millionen junger Frauen vom Land in die Städte, um in den Weltmarktfabriken der Textil-, Spielzeug- und Elektronikindustrie zu arbeiten. Jasmin ist 17 Jahre alt und hat erst vor kurzem ihr Dorf verlassen. Zwei Tagesreisen entfernt findet sie in einer Jeans-Fabrik eine Stelle als Fadenabschneiderin. Der Film schildert detailliert und eindrücklich die harten Bedingungen, unter denen Ausbeutung hier stattfindet und zeigt, dass sich die jungen Frauen zu wehren wissen.
Freitag - 15. Mai 2008 - 20 Uhr
Antifaschistisches Café - Cyriaksring 55

Veranstaltung: Klassenkämpfe im Wirtschaftswunder - Sozialer Umbruch und proletarische Kämpfe in China
Dienstag - 20.Mai 2008 - 19:30 Uhr
Gotrian - Zimmerstraße 24c